

Fabian Schulze

# Der Nachweis der vergaberechtlichen Eignung im Wandel

Plädoyer für eine Eignungsvermutung



**Nomos**

Schriften zum Vergaberecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Burgi,  
Ludwig-Maximilians-Universität München  
Prof. Dr. Hermann Pünder, LL.M. (Iowa),  
Bucerius Law School Hamburg

Band 57

Fabian Schulze

## Der Nachweis der vergaberechtlichen Eignung im Wandel

Plädoyer für eine Eignungsvermutung



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Bucerius Law School, Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7828-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-2231-5 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaften – hat die vorliegende Arbeit im Sommertrimester 2020 als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 28. Oktober 2020 statt. Das Manuskript wurde im Januar 2020 fertiggestellt. Aktualisierungen konnten bis September 2020 berücksichtigt werden.

Für die hervorragende Betreuung und die rasche Erstellung des Erstgutachtens bedanke ich mich herzlich bei Herrn Prof. Dr. Hermann Pünder, LL.M. (Iowa). Ich habe sowohl die große Freiheit bei der Bearbeitung genossen als auch seine stets hilfreichen Anmerkungen dankbar aufgenommen. Herrn Prof. Dr. Michael Fehling, LL.M. (Berkeley), danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Für die Aufnahme der Arbeit in die „Schriften zum Vergaberecht“ bedanke ich mich bei den Herausgebern, Herrn Prof. Dr. Martin Burgi und Herrn Prof. Dr. Hermann Pünder, LL.M. (Iowa).

Dem Verein forum Vergabe e. V. danke ich für die Veranstaltung des Doktorandenkolloquiums in München im November 2017 und insbesondere für die Möglichkeit, dort das Thema meiner Dissertation bereits zu einem sehr frühen Bearbeitungszeitpunkt einem interessierten Kreis vorstellen zu können.

Abschließend möchte ich mich gesammelt bei all jenen sehr herzlich bedanken, die mich auf ganz unterschiedliche Art und Weise während der Entstehung dieser Arbeit unterstützt und damit zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Hamburg, im Oktober 2020

Fabian Schulze



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einführung: Das Vergaberecht im stetigen Wandel	25
Erster Teil: Grundlagen der Untersuchung	29
Erster Abschnitt: Ziel der Untersuchung	29
Zweiter Abschnitt: Gegenstand der Untersuchung	30
A. Begrifflichkeiten	31
B. Die vergaberechtliche Eignung und Eignungsprüfung in der Bundesrepublik Deutschland	33
I. Überblick	33
II. Ausschlussgründe und Eignungskriterien	36
III. Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen	39
IV. Sinn und Zweck der Eignungsprüfung	43
C. Konturierung des Untersuchungsgegenstands	46
Dritter Abschnitt: Methodik und Bewertungsmaßstäbe	48
A. Begriff der Effizienz	49
I. Rechtliche Grundlagen	50
1. Verankerung im nationalen Verfassungs- und Haushaltsrecht sowie im europäischen Primärrecht	51
2. Verankerung im Vergaberecht	53
II. Ökonomische Grundlagen	55
1. Ökonomisches Prinzip	55
2. Neue Institutionenökonomik	57
a) Prinzipal-Agent-Theorie	58
b) Transaktionskostentheorie	60
III. Effizienzanalyse der Rechtslage de lege lata	61
B. Begriff der Effektivität	63
I. Rechtliche Grundlagen	63
1. Verankerung im nationalen Verfassungsrecht und im europäischen Primärrecht	63

*Inhaltsverzeichnis*

2. Anknüpfungspunkte im Rahmen der vergaberechtlichen Eignungsprüfung	65
II. Ökonomische Grundlagen	66
III. Effektivitätsanalyse der Rechtslage de lege lata	67
C. Verhältnis von Effizienz und Effektivität zueinander	68
Vierter Abschnitt: Gang der Untersuchung	69
Zweiter Teil: Analyse der Rechtslage de lege lata	71
Erster Abschnitt: Bescheinigungen	71
A. Charakterisierung	71
B. Bewertung	73
I. Effektivität	73
II. Effizienz	73
Zweiter Abschnitt: Eigenerklärungen	74
A. Terminologie	74
B. Individuelle Eigenerklärungen	75
I. Charakterisierung	75
1. Entstehung und Verwendung	75
2. Prüfung von Eigenerklärungen und Nachweiskraft	77
II. Bewertung	81
1. Effektivität	81
2. Effizienz	82
C. Standardisierte Eigenerklärungen	83
I. Charakterisierung	83
II. Bewertung	84
1. Effektivität	84
2. Effizienz	85
D. Einheitliche Europäische Eigenerklärung	86
I. Charakterisierung	86
1. Überblick	86
2. Akzeptanz- oder Verwendungspflicht	88
3. Nachweispflicht des Bewerbers oder Bieters	91
II. Bewertung	93
1. Effektivität	94
2. Effizienz	95
a) Partielle Entbürokratisierung	95
aa) Prüfung (nur) des Bestbieters	96



bb) Globalvermerk	97
cc) Wiederverwendungsmöglichkeit	98
b) Partielle Bürokratisierung	99
aa) Umfang und Komplexität des Standardformulars	99
bb) Inflexibilität des Standardformulars	102
cc) Zwingendes Beibringen von Nachweisen durch den Bestbieter	104
dd) Unverzögliches Beibringen von Nachweisen	105
ee) Archivierungs- und Recherchepflicht des öffentlichen Auftraggebers	107
ff) EEE und zweistufige Verfahren	110
c) Europaweite Vereinheitlichung	111
d) Stärkung der e-Vergabe	111
e) Verzögerung des Verfahrens	113
Dritter Abschnitt: Weitere Nachweise	114
Vierter Abschnitt: Direkter Abruf aus (zentraler) Datenbank	115
A. Terminologie	115
B. Präqualifikationssysteme	117
I. Charakterisierung	117
1. Zielsetzung	117
2. Ablauf einer Präqualifizierung	118
3. Präqualifikation und EEE	119
II. Bewertung	121
1. Effektivität	121
2. Effizienz	123
C. Qualifizierungssysteme im Sektorenvergaberecht	126
D. Bundeswettbewerbregister	129
I. Charakterisierung	129
1. Zielsetzung	129
2. Eintragung und Abfrage	131
3. Löschung einer Eintragung	132
II. Bewertung	133
1. Effektivität	134
a) Grundsätzlich effektiver Ausschluss von Wirtschaftsteilnehmern	134
b) Einschränkungen des effektiven Ausschlusses von Wirtschaftsteilnehmern	136
aa) Nationale Beschränkung	136

*Inhaltsverzeichnis*

bb)	Rechtskraft als Eintragungsvoraussetzung	137
cc)	Keine Eintragung von Rechtsnachfolgern	138
dd)	Vorteile für untergliederte Unternehmen	139
ee)	Gefahr eines race to the bottom bezüglich Verfolgung und Ahndung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	140
c)	Transparentere Selbstreinigung	140
d)	Konzentration von Beschwerden beim OLG Düsseldorf	141
2.	Effizienz	143
a)	Partielle Entbürokratisierung	143
aa)	Öffentliche Auftraggeber	143
bb)	Wirtschaftsteilnehmer	144
b)	Partielle Bürokratisierung	145
aa)	Öffentliche Auftraggeber	145
bb)	Wirtschaftsteilnehmer	145
cc)	Überdimensionierung des Registers	146
c)	Faktische Vergabesperre	147
d)	Betriebskosten	147
e)	Wirkung außerhalb von Vergabeverfahren	149
E.	EDES-Datenbank der Europäischen Kommission	151
I.	Charakterisierung	151
II.	Bewertung	153
1.	Effektivität	153
2.	Effizienz	154
F.	Weitere Datenbanken	154
Fünfter Abschnitt: Unabhängig von der Art des Nachweises bestehende Flexibilisierungsmöglichkeiten		156
A.	Vorlage anderer Nachweise (Ersetzungsbefugnis)	156
B.	Vorlage erst nach gesonderter Aufforderung	157
C.	Nachreichen, Vervollständigen oder Korrigieren von Nachweisen	158
D.	Verzicht auf Vorlage von Nachweisen	159
I.	Ausdrückliche vorherige Befreiung durch öffentlichen Auftraggeber	159
II.	Nachträglicher Verzicht durch öffentlichen Auftraggeber	159

Sechster Abschnitt: Systematisierung bisher verfolgter Reformansätze	161
A. Standardisierung	161
B. Zentralisierung	162
C. Europäisierung	163
D. Digitalisierung	163
E. Zeitliche Umgestaltung	164
I. Zeitliche Vorverlagerung	164
II. Umkehr der traditionellen Reihenfolge von Eignungsprüfung und Angebotswertung	165
Dritter Teil: Reformvorschlag de lege ferenda	167
Erster Abschnitt: Reformansätze	167
A. Vorüberlegungen und Ausgangslage	167
B. Government Procurement in den Vereinigten Staaten von Amerika	170
I. Auswahl der USA als Vergleichsobjekt	170
II. Relevante Regelungen und Zielsetzung	172
III. (Verfahrens-)Ausschluss von Wirtschaftsteilnehmern	173
IV. Überprüfung von Wirtschaftsteilnehmern und Nachweis der responsibility	175
1. Elektronische (zentrale) Datenbanken	177
a) Federal Awardee Performance and Integrity Information System	178
b) System for Award Management	179
c) Past Performance Information Retrieval System	180
2. Auswahlkriterium past performance	180
3. Verfahrensausschluss (suspension und debarment)	181
4. Weitere Informationsquellen	184
V. Möglichkeiten und Grenzen einer Übertragung auf das europäische bzw. deutsche Vergaberecht	185
C. Bisher verfolgte Reformansätze und mögliche Modifizierungen	188
I. Standardisierung	188
II. Zentralisierung	190
III. Europäisierung	191
IV. Digitalisierung	191
V. Zeitliche Umgestaltung	192
1. Zeitliche Vorverlagerung	192

*Inhaltsverzeichnis*

2. Umkehr der traditionellen Reihenfolge von Eignungsprüfung und Angebotswertung	192
D. Zusätzliche Erwägungen	194
I. Angemessene Kostenverteilung	194
II. Reduzierung der Zahl an Nachprüfungsverfahren	198
Zweiter Abschnitt: Einführung einer Eignungsvermutung	199
A. Der Weg zur Einführung einer Eignungsvermutung	199
B. Trennung von ein- und zweistufigen Vergabeverfahren	202
C. Konkrete Ausgestaltung in einstufigen Verfahren	203
I. Ausgewählte Regelungen im Detail	204
II. Vermeidung missbräuchlicher Verwendung	209
1. Missbrauch durch ungeeignete Bieter	210
2. Missbrauch durch Konkurrenten	213
3. Missbrauch durch öffentliche Auftraggeber	215
III. Exemplarischer Ablauf einer Eignungsprüfung mit Eignungsvermutung	216
IV. Mögliche Modifizierung für eine Übergangszeit	216
D. Konkrete Ausgestaltung in zweistufigen Verfahren ohne Verringerung der Bewerberanzahl	217
E. Konkrete Ausgestaltung in zweistufigen Verfahren mit Verringerung der Bewerberanzahl	218
Dritter Abschnitt: Überarbeitung der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung	219
Vierter Abschnitt: Veränderungen an (zentralen) Datenbanken	222
A. Verzicht auf Präqualifikationssysteme	222
B. Europäisierung des Bundeswettbewerbsregisters	224
Fünfter Abschnitt: Analyse des Reformvorschlags	228
A. Rechtscharakter der Eignungsvermutung	229
I. Keine gesetzliche Fiktion	229
II. Keine unwiderlegliche gesetzliche Vermutung	229
III. Widerlegliche gesetzliche Vermutung	230
B. Effektivität	231
C. Effizienz	234
D. Kostenverteilung	236
E. Rechtmäßigkeit und völkerrechtliche Systemgerechtigkeit	237
I. Prüfungsmaßstab	237

II. Materielle Europarechtmäßigkeit	239
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	239
2. Subsidiaritätsprinzip	239
3. Kompetenzieller Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	240
4. (Mindest-)Anforderungen des Vergabeprimärrechts	243
a) Überblick und Anwendbarkeit	243
b) Diskriminierungsverbot und Gleichbehandlungsgebot	246
c) Transparenzgebot	248
d) Verhältnismäßigkeitsprinzip	249
e) Gebot effektiven Rechtsschutzes	249
5. Weitere primärrechtliche Vorschriften	250
III. Völkerrechtliche Übereinkünfte	251
1. Government Procurement Agreement	251
a) Entstehung und Bedeutung des GPA	251
b) GPA als Prüfungsmaßstab	252
c) Vereinbarkeit von GPA und Reformvorschlag	255
2. Bilaterale Beschaffungsübereinkünfte und Freihandelsabkommen	257
3. Weitere völkerrechtliche Übereinkünfte	260
IV. Ergebnis	262
Vierter Teil: Zusammenfassung	263
Anhang: Formulierungsvorschlag für europäische Vergaberichtlinie	269
Literaturverzeichnis	295



## Abkürzungsverzeichnis

A. A./a. A.	Andere Ansicht/andere Ansicht
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ABST	Auftragsberatungsstelle
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 20.4.2009 (BGBl. 2009 I S. 799), zuletzt geändert am 10.7.2020.
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i. d. F. der Bekanntmachung v. 9.5.2008 (ABl. 2008 C 115, 47), zuletzt geändert am 11.7.2012.
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 1.10.2002 (BGBl. 2002 I S. 3866, berichtigt BGBl. 2003 I S. 61), zuletzt geändert am 12.8.2020.
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
Art.	Artikel
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 25.2.2008 (BGBl. 2008 I S. 162), zuletzt geändert am 19.6.2020.
Aufl.	Auflage
AVPQ	Amtliches Verzeichnis präqualifizierter Wirtschaftsteilnehmer für den Liefer- und Dienstleistungsbereich
Az.	Aktenzeichen
BAA	Buy American Act
BAnz	Bundesanzeiger
BB	Betriebs-Berater
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie

*Abkürzungsverzeichnis*

BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckOGK	Beck-Online Großkommentar
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 2.1.2002 (BGBl. 2002 I S. 42, berichtigt. BGB. 2002 I S. 2909 und BGBl. 2003 I S. 738), zuletzt geändert am 12.6.2020.
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 19.8.1969 (BGBl. 1969 I S. 1284), zuletzt geändert am 19.6.2020.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJagdG	Bundesjagdgesetz i. d. F. der Bekanntmachung v. 29.9.1976 (BGBl. 1976 I S. 2849), zuletzt geändert am 19.6.2020.
BKA	Bundeskriminalamt
BKartA	Bundeskartellamt
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (seit 2013: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BRIS	Business Registers Interconnection System
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung vom 11.8.1993 (BGBl. 1993 I S. 1473), zuletzt geändert am 20.11.2019.
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 21.9.1984 (BGBl. 1984 I S. 1229, berichtigt BGBl. 1985 I S. 195), zuletzt geändert am 10.7.2020.
bzw.	beziehungsweise
CCR	Central Contractor Registry
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CEN	Europäisches Komitee für Normung



CELEC	Europäisches Komitee für Elektronische Normung
CETA	Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits, ABl. 2017 L 11, 23.
CFDA	Catalog of Federal Domestic Assistance
CFR	Code of Federal Regulations
CICA	Competition in Contracting Act
CMS	Compliance Management System
CPARS	Contractor Performance Assessment Reporting System
CRC	Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) i. d. F. v. 20.11.1989; Abdruck der englischen Sprachfassung und amtliche deutsche Übersetzung in BGBl. 1992 II S. 122.
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
DoD	Department of Defense
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DSGVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. 2016 L 119, 1.
DStR	Zeitschrift Das deutsche Steuerrecht
DUNS	Data Universal Numbering System
DVO	Durchführungsverordnung
e. V.	eingetragener Verein
eBAnz	elektronischer Bundesanzeiger
ECRIS	Europäisches Strafregisterinformationssystem
Ed.	Edition
EDES	Early Detection and Exclusion System
EEE	Einheitliche Europäische Eigenerklärung
EG	Europäische Gemeinschaft
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) i. d. F. der Bekanntmachung v. 22.10.2010 (BGBl. 2010 II S. 1198), zuletzt geändert am 24.6.2013.
endg.	endgültig
EPLS	Excluded Parties List System
ErgLfg.	Ergänzungslieferung

*Abkürzungsverzeichnis*

eSRS	Electronic Subcontracting Reporting System
EU	Europäische Union (ggf. inklusive eventueller Vorgängerorganisationen)
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-HO	Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 18.7.2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (EU-Haushaltsordnung), ABl. 2018 L 193, 1.
EuR	Zeitschrift Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union i. d. F. des Vertrags von Lissabon v. 13.12.2007 (ABl. 2007 C 306, 1), zuletzt geändert am 9.12.2011.
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht – Betriebsberater für Europarecht
f.	folgende (Einzahl)
FAPIS	Federal Awardee Performance and Integrity Information System
FAR	Federal Acquisition Regulation
FASA	Federal Acquisition Streamlining Act
FedBizOpps	Federal Business Opportunities
FedReg	Federal Agency Registration
ff.	folgende (Mehrzahl)
FFATA	Federal Funding Accountability and Transparency Act
Fn.	Fußnote
FPDS-NG	Federal Procurement Data System – Next Generation
FSRS	FFATA Subaward Reporting System
G 20	Gruppe der Zwanzig

GATS	Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services; GATS) i. d. F. v. 15.4.1994 (ABl. 1994 L 336, 190); Abdruck der englischen Sprachfassung und amtliche deutsche Übersetzung in BGBl. 1994 II S. 1438 ff. und 1643 ff.
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) i. d. F. v. 30.10.1947 (GATT 1947, BGBl. 1951 II S. 173) und v. 15.4.1994 (GATT 1994, ABl. 1994 L 336, 11).
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 22.2.1999 (BGBl. 1999 I S. 202), zuletzt geändert am 19.6.2020.
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.5.1949 (BGBl. 1949 I S. 1), zuletzt geändert am 15.11.2019.
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GNotKG	Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare (Gerichts- und Notarkostengesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.7.2013 (BGBl. 2013 I S. 2586), zuletzt geändert am 17.12.2018.
GPA	Agreement on Government Procurement (GPA-1994) i. d. F. v. 15.4.1994 (ABl. 1994 L 336, 273); geändert durch Protokoll zur Änderung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA-2014) i. d. F. v. 6.4.2014 (ABl. 2014 L 68, 2).
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Grundrechtecharta) i. d. F. der Bekanntmachung v. 12.12.2007 (ABl. 2007 C 303, 1).
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GSA	General Services Administration
GV. NRW.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i. d. F. der Bekanntmachung v. 26.6.2013 (BGBl. 2013 I S. 1750, 3245), zuletzt geändert am 25.6.2020.
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 19.8.1969 (BGBl. 1969 I S. 1273), zuletzt geändert am 14.8.2017.
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel

*Abkürzungsverzeichnis*

i. e. S.	im engeren Sinn
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinn
JA	Juristische Arbeitsblätter
JFE	Journal of Financial Economics
JoPSM	Journal of Purchasing & Supply Management
jurisPR-VergR	juris PraxisReport Vergaberecht
JuS	Juristische Schulung
KdB	Kaufhaus des Bundes
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
KOM	Europäische Kommission
KommJur	Kommunaljurist
LG	Landgericht
LHO	Landeshaushaltsordnung
LHO-NRW	Landeshaushaltsordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 26.4.1999 (GV. NRW. 1999, S. 158), zuletzt geändert am 19.12.2019.
lit.	Buchstabe (littera)
Losebl.	Loseblattsammlung
LKV	Zeitschrift Landes- und Kommunalverwaltung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MiLoG	Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 11.8.2014 (BGBl. 2014 I S. 1348), zuletzt geändert am 10.7.2020.
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

o. O.	ohne Ortsangabe
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
ORCA	Online Representations and Certifications Application
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten i. d. F. der Bekanntmachung vom 19.2.1987 (BGBl. 1987 I S. 602), zuletzt geändert am 19.6.2020.
PCLJ	Public Contract Law Journal
PPIRS	Past Performance Information Retrieval System
PPLR	Public Procurement Law Review
PQ	Präqualifikation
QJE	The Quarterly Journal of Economics
RE	Ressourceneinheit
Rdnr.	Randnummer
RL	Richtlinie
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
SAM	System for Award Management
SBA	Small Business Act
SchwarzArbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.7.2004 (BGBl. 2004 I S. 1842), zuletzt geändert am 12.6.2020.
SektVO	Verordnung über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung (Sektorenverordnung) v. 12.4.2016 (BGBl. 2016 I S. 624, 657), zuletzt geändert am 25.3.2020.
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
St. Rspr./st. Rspr.	Ständige Rechtsprechung/ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung v. 13.11.1998 (BGBl. 1998 I S. 3322), zuletzt geändert am 10.7.2020.
StPO	Strafprozessordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 7.4.1987 (BGBl. 1987 I S. 1074, 1319), zuletzt geändert am 10.7.2020.
StWStP	Staatswissenschaften und Staatspraxis
TED	Tenders Electronic Daily

*Abkürzungsverzeichnis*

TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights, TRIPS) i. d. F. v. 15.4.1994, zuletzt geändert am 23.1.2017; Abdruck der englischen Sprachfassung und amtliche deutsche Übersetzung in BGBl. 1994 II S. 1565 ff. und 1730 ff.
TVgG NRW	Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen, TVgG NRW) i. d. F. der Bekanntmachung v. 22.3.2018 (GV. NRW. 2018, S. 172).
u. a.	und andere
u. U.	unter Umständen
UAbs.	Unterabsatz
UN	Vereinte Nationen
UNCAC	UN-Konvention gegen Korruption i. d. F. v. 31.10.2003 (UN Doc. A/RES/58/4); Abdruck der englischen und französischen Sprachfassung sowie amtliche deutsche Übersetzung in BGBl. 2014 II S. 763.
UNCITRAL	Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
Urt.	Urteil
US/USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USC	United States Code
USPS	United States Postal Service
UVgO	Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung), BAnz AT 7.2.2017 B1, 1.
v.	vom
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VergabeR	Vergaberecht – Zeitschrift für das gesamte Vergaberecht
VergStatVO	Verordnung zur Statistik über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen (Vergabestatistikverordnung) v. 12.4.2016 (BGBl. 2016 I S. 624, 691), zuletzt geändert am 25.3.2020.
VerschG	Verschollenheitsgesetz i. d. F. der Bekanntmachung v. 15.1.1951 (BGBl. 1951 I S. 63), zuletzt geändert am 31.8.2015.
VerwArch	Verwaltungsarchiv
Vgl./vgl.	Vergleiche/vergleiche

VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung) v. 12.4.2016 (BGBl. 2016 I S. 624), zuletzt geändert am 25.3.2020.
VHB	Vergabehandbuch
VHL Bayern	Handbuch für die Vergabe und Durchführung von Lieferungen und Leistungen durch Behörden der Staatsbauverwaltung des Freistaates Bayern
VK	Vergabekammer
VO	Verordnung
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen v. 31.1.2019, BAnz AT 19.2.2019 B2, 3 oder Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen v. 31.7.2009, BAnz Nr. 155, berichtigt 2010 Nr. 36.
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen v. 20.11.2009, BAnz Nr. 196a, berichtigt 2010 S. 755.
VV-BHO	Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung, Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums der Finanzen i. d. F. der Bekanntmachung v. 14.3.2001 (GMBL. S. 309), zuletzt geändert am 6.5.2019.
VVDStRI	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.1.2003 (BGBl. 2003 I S. 102), zuletzt geändert am 20.11.2019.
WDOL	Wage Determinations Online
WRegG	Gesetz zur Errichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 18.7.2017 (BGBl. 2017 I S. 2739).
WTO	Welthandelsorganisation
z. B.	zum Beispiel
ZAD	Zentrale Ausschlussdatenbank
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

